

# Pressemitteilung

Deutscher  
Gewerkschaftsbund  
Bezirk  
Berlin-Brandenburg

Abteilung Presse

## EU muss arbeitnehmerfeindliche Politik beenden/ Tarifpolitische Konferenz des DGB zur Arbeitszeit

Die globale Wirtschafts- und Finanzkrise schreibe allen ins Lehrbuch: Ohne Regelwerk und Schutzrechte gehe es nicht. Diese Lehre müsse auch die Europäische Union ziehen und sich auf verbindliche Sozialstandards wie Arbeitszeit, Tarifbindung und Mitbestimmungsrechte festlegen. Die Europawahl im Juni werde auch zur Abstimmung darüber, wie sozial ausgeprägt der Europäische Wirtschafts- und **Lebensraum** sein werde, erklärte Doro Zinke, stellv. Vorsitzende des DGB, Bezirk Berlin-Brandenburg auf der **Tarifpolitischen Konferenz des DGB** unter dem Motto „*Arbeit für alle oder Arbeit ohne Ende?*“. Die Tarifpolitik müsse in den EU-Zusammenhang gestellt werden, damit Gewerkschaften ihre Schutzfunktion auch qualifiziert ausüben könnten, ohne behindert zu werden, so Zinke.

Zinke zeigt sich zuversichtlich, die arbeitnehmerfeindliche Arbeitszeitrichtlinie der EU, die Arbeitszeiten bis zu 65 Stunden pro Woche möglich mache, noch zu kippen, nachdem das Europäische Parlament die Richtlinie abgewiesen hat. Bereits jetzt arbeite in Deutschland jeder dritte mehr als 42 Stunden. Nacht- und Schichtarbeit nehme seit Beginn der 90er Jahre zu und sorge für beträchtliche gesundheitliche Risiken bzw. Schäden bis hin zur Arbeitsunfähigkeit. Dank tariflicher Lösungen habe Deutschland sehr flexible Arbeitszeitregelungen, so Zinke. Die Gewerkschaften sorgten jedoch dafür, dass Arbeits- und Gesundheitsschutz einen hohen Stellenwert hätten.

Wachsende Arbeitsbelastungen wie Schichtarbeit und Stress durch Arbeitsintensivierung führten jedoch zu einem drastischen Anstieg u. a. von psychischen Erkrankungen. Allein in Berlin und Brandenburg gingen nach DGB-Berechnungen pro Jahr 2,6 Mrd. Euro an Produktionsleistung durch Arbeitsunfähigkeit verloren. Durch mehr Prävention und Gesundheitsschutz könnte hier eine Entlastung erreicht werden: Laut **DGB-Index „Gute Arbeit“** fühlten sich 48 Prozent der Befragten deutschen Arbeitnehmer nach der Arbeit regelmäßig „leer und ausgebrannt“.

Die letzten Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofes gegen die Tarifautonomie seien arbeitnehmerfeindlich, weil sie die Wirtschaft privilegieren und Arbeitnehmer nur als Kostenfaktor sehe. Europa benötige eine neue Grundwertedebatte, damit die EU wieder auf die Füße gestellt werde. Bei den Sozialstandards gebe es erheblichen Nachholbedarf. Aus der Finanzkrise müsse die Schlussfolgerung gezogen werden, dass hemmungslose Deregulierung, gerade beim Arbeits- und Sozialrecht, in die Irre führe. Es gehe nicht allein um Verwertungsbedingungen der Wirtschaft, sondern in erster Linie um humane Arbeitsbedingungen, so Zinke.

PM 04/09  
22.01.09

G:\Öffentlichkeitsarbeit\Medien-  
neu\2009\EU-Arbeitszeit-Konferenz.doc

E-Mail:  
[Dieter.Pienkny@dgb.de](mailto:Dieter.Pienkny@dgb.de)

Internet:  
[www.Berlin-Brandenburg.DGB.de](http://www.Berlin-Brandenburg.DGB.de)



Verantwortlicher  
Redakteur:  
Dieter Pienkny

Keithstr. 1 - 3  
10787 Berlin

Telefon 030 - 21240-111  
Telefax 030 - 21240-114